Aargauische Industrie- und Handelskammer

Medienmitteilung

Ort, Datum	Ansprechperson	Telefon direkt	E-Mail
Aarau, 29. November 2026	Anna Fuss	+41 (0)62 837 18 20	anna.fuss@aihk.ch

Erfreuliche Zustimmung zu den Anpassungen im Kriegsmaterial- und Steuergesetz

Das Stimmvolk sagte heute Ja zur Änderung des Kriegsmaterialgesetzes. Es ermöglicht damit die Sicherung eines wichtigen Wirtschaftszweigs der Schweiz. Die Aargauerinnen und Aargauer stimmen zudem dem kantonalen Steuergesetz zu. Damit kann die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit des Kantons für natürliche Personen verbessert werden. Die Ablehnung der pragmatischen Lösung zur Finanzierung der AHV durch Erhöhung der Mehrwertsteuer sowie die Zustimmung zum Feuerwerksverbot werden von der AIHK bedauert.

Das Schweizer Stimmvolk hat verstanden, dass die Rüstungsindustrie sowie vor- und nachgelagerte Branchen für die Schweizer Wirtschaft wichtig sind. Deshalb hat es am Abstimmungssonntag von heute, 29. November 2026, der Änderung des Kriegsmaterialgesetzes (KMG) zugestimmt. Beat Bechtold, Direktor der AIHK, sagt dazu: «Dieser Entscheid ist nicht nur aufgrund der Wertschöpfung wichtig. Es geht hier auch um die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der Schweiz, die mit einer Anpassung des KMG verbessert und langfristig ermöglicht wird.» Denn damit bleiben das Know-how, die Innovationskraft und die industriellen Fähigkeiten in diesem Bereich in der Schweiz erhalten und wird die Abhängigkeit vom Ausland verringert.

AHV-Finanzierung: Verpasste Chancen auf pragmatische Lösung

An der Abstimmungsurne lehnten die Schweizerinnen und Schweizer heute die Finanzierung der AHV über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ab. Die AIHK hatte sich aus pragmatischen Gründen für eine Annahme ausgesprochen. Eine alternative Finanzierung, etwa über die Lohnbeiträge, ist die schlechtere Alternative. AIHK Direktor Beat Bechtold sagt: «Die Ausgaben für die 13. AHV-Rente belasten das angeschlagene Sozialwerk zusätzlich und die Finanzierung muss geklärt werden. Es dürfen aber nicht die Arbeitnehmer sowie die Arbeitgeberinnen allein zur Kasse gebeten werden. Es braucht gezielte Reformen, um den strukturellen Problemen der AHV entgegenzuwirken. Hier ist der Bundesrat in der Pflicht, Anpassungen vorzunehmen.»

Ja zum Steuergesetz – Ja zum Standortvorteil

Im Aargau stimmte das Stimmvolk der Steuergesetzrevision 2027 mit 56 Prozent zu. Die AIHK zeigt sich angesichts dieses Ergebnisses erfreut, ist die Revision doch Teil der Steuerstrategie des Kantons Aargau, die von der AIHK unterstützt wird. «Die Anpassungen verbessern die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit des Kantons und sind zu begrüssen», sagt AIHK Direktor Beat Bechtold.

Aargauische Industrie- und Handelskammer

Feuerwerksverbot: Verbot statt freiem Markt
Der AIHK Vorstand hatte sich gegen ein Verbot von Feuerwerk ausgesprochen. Es ist nicht Aufgabe des Staates, immer mehr Verbote und Regulierungen festzuschreiben. Dennoch akzeptiert die AIHK den heutigen demokratischen Entscheid des Schweizer Stimmvolks, die Volksinitiative für ein Feuerwerksverbot anzunehmen.

Für die Volksinitiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare» sowie für die kantonale Verfassungsänderung des Notstandsrechts verzichtete der AIHK Vorstand auf eine Parole.

Über die AIHK:
Die Aargauische Industrie- und Handelskammer ist die Stimme der Aargauer Wirtschaft in Politik und Gesellschaft und setzt sich für gute unternehmerische Rahmenbedingungen ein. Gleichzeitig beraten und begleiten wir unsere Mitgliedfirmen und bieten ihnen verschiedene Dienstleistungen wie Rechts- und Exportberatung, Netzwerkveranstaltungen und Seminare an. Unsere mehr als 2100 Mitgliedfirmen beschäftigen rund ein Drittel der Arbeitnehmenden im Kanton.